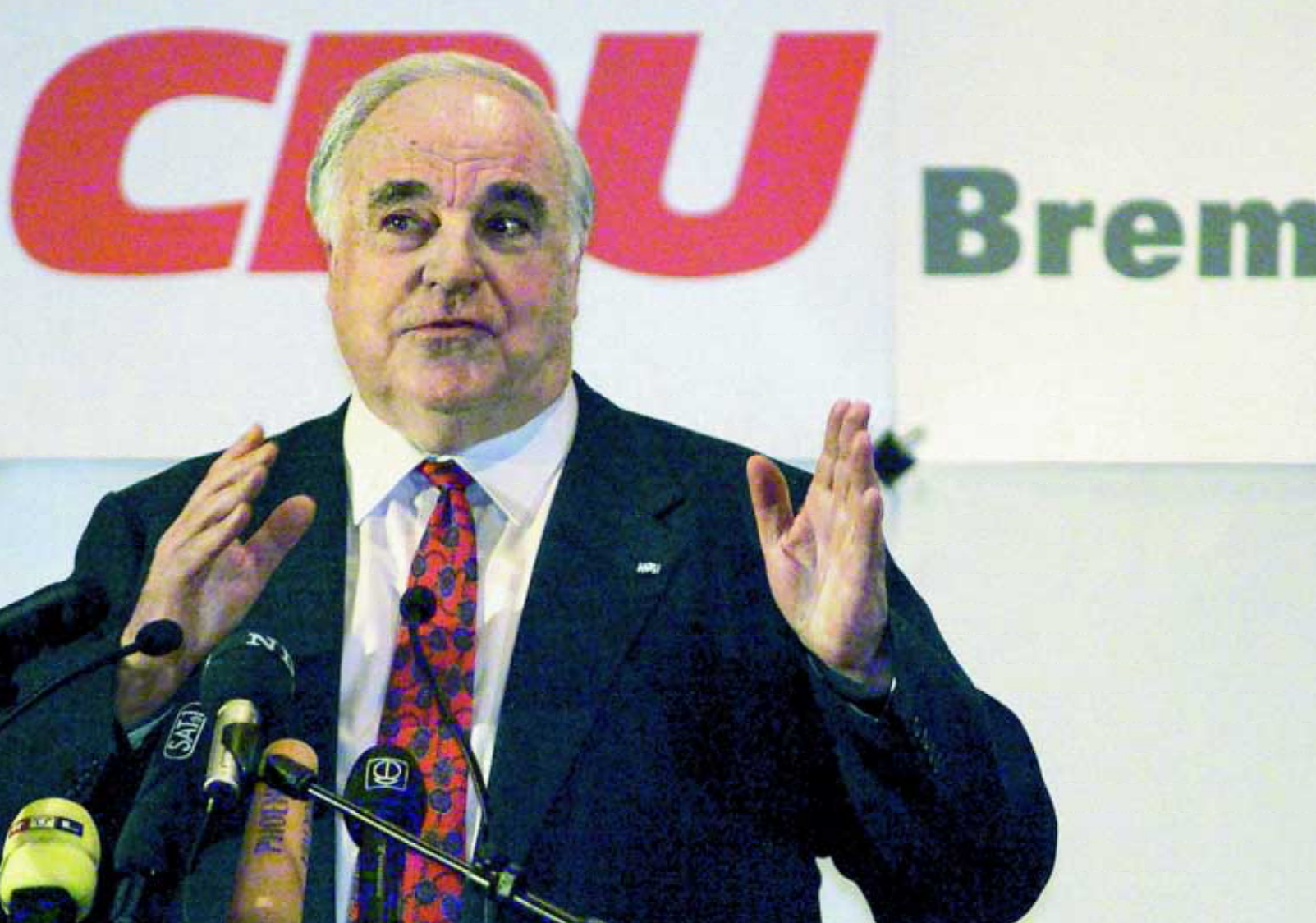




Altkanzler Kohl am vergangenen Freitag in Bremen: „Es gibt die Spender“

REUTERS

Die verlogene Ehre

Des Ex-Kanzlers großes Spenden-Geheimnis verbirgt eine Wahrheit, die immer mehr in seiner Partei ahnen – und fürchten. Die Ehrenwort-geschützten Millionenspender, so die starke Vermutung, gibt es gar nicht. Die Geldmaschinerie Helmut Kohls hat bekannte Vorbilder.

Alles war wie früher. Die CDU-Anhänger klatschten im Takt, aus den Lautsprechern erklang „Der Jäger aus Kurpfalz“. Wie ein Kanzler schritt er durch die Menge des Bremer Neujahrsempfangs, den Kopf hoch über den Anderen. Auf dem Podium redete Helmut Kohl am vergangenen Freitag im bekannten Originalton: „Ich halte es für ganz wichtig, dass man auf seine Ehre achtet.“ Nein, auch heute werde er sein Wort halten und nicht sagen, wer ihm jene rätselhaften 1,5 bis 2 Millionen Mark an Parteispenden überreicht habe.

Welche „schlimme Wahrheit“ müsse hinter diesem Schweigen stecken, fragte vergangene Woche der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, dass Kohl

lieber seinen Ehrenvorsitz aufgab als sein Ehrenwort zu brechen?

Warum der Ex-Parteichef seine Spender nicht nenne, wurde Geißler in kleiner Runde gefragt. Kurze Antwort: „Weil es keinen Spender gibt.“ Auch der Hamburger Fraktionsvorsitzende Ole von Beust hat Zweifel: „Ein Ehrenwort gibt man nur Ehrenmännern oder Ehrenfrauen, sonst ist es kein Ehrenwort.“ So ehrenhafte Leute, wundert sich Beust, könnten Kohl doch jetzt aus der Patsche helfen.

Selbst Kohls ewiger Getreuer Norbert Blüm glaubt nur noch achselzuckend „bis zum Beweis des Gegenteils“ an die Version, nach der Kohl den Spendern ehrenwörtlich Anonymität zugesagt hat. Doch unbeirrt hält Kohl an seiner Wahrheit fest

und verkündete auch in Bremen allen Zweiflern im Brustton der Überzeugung: „Es gibt die Spender.“

Alle Bekenntnisse und Zerknirschungen helfen der Partei nicht aus ihrer schwersten Krise. Jede Woche eine neue Katastrophe, jede Woche ein neues Opfer. War erst Wolfgang Schäuble mit seinen 100 000 Mark aus den Händen des Provisions-Geschäftsmanns Karlheinz Schreiber dran, steht nun das bröselnde Denkmal Kohl unter dem Hammer – nach dem Verzicht auf den Ehrenvorsitz und dem Weiter-so-Schweigen erscheint der alte Chef als schlimmster Schädling der Union.

Der kümmert sich, nach außen zumindest, nicht um den Aufruhr. Während der CDU-Vorstand ihm am Dienstag den Rück-



W. TSCHARNE / BILD-PRESS

Hausdurchsuchung beim Kohl-Vertrauten Weyrauch*: Pflege des Schwarzgeldbestandes

Soll Schäuble gehen...

„Sollte sich Wolfgang Schäuble im April zur Wiederwahl als Parteivorsitzender stellen oder nicht mehr für das Amt kandidieren?“

Angaben in Prozent

zur Wiederwahl stellen **27**

nicht mehr kandidieren **66**

Emnid-Umfrage vom 14. und 15. Januar 2000; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: keine Angabe

...und wer könnte ihn ersetzen?

„Wer von den genannten Politikern kommt Ihrer Meinung nach als Nachfolger Wolfgang Schäubles für den CDU-Parteivorsitz in Frage?“

Kurt Biedenkopf	53
Volker Rühe	36
Angela Merkel	29
Jürgen Rüttgers	13
Christian Wulff	12
Roland Koch	10

Mehrfachnennung möglich

DER SPIEGEL



tritt vom Ehrenvorsitz nahe legte, empfing Kohl in aller Ruhe den Kitzinger Karnevalsverein und nahm den „Schlappmaulorden“ entgegen.

Zusehends entwickelt sich die Spendenaffäre der CDU von der Krise zum Krimi. Von Tag zu Tag wachsen die Summen, die scheinbar aus dem Nichts an die Partei kamen. Bei den Hessen stammen weit über 30 Millionen Mark aus ominösen Quellen. 4 Millionen Mark davon, musste Ministerpräsident Roland Koch am vergangenen Freitag zugeben, sind mit unbekanntem Ziel verschwunden.

Rund zehn Millionen Mark der Bundes-CDU können die Wirtschaftsprüfer für die Jahre 1989 bis 1992 nicht zuordnen. Für die Jahre danach beläuft sich die Summe auf knapp zwei bis drei Millionen Mark.

Für ihren Sonderbericht an die Parteiführung haben die Experten von der Firma Ernst & Young versucht, den Zahlungsfluss bis zu einzelnen Konten zurückzuverfolgen. Schweizer seien nicht dabei, versichert die Parteispitze. Manches verstehen die Prüfer aber auch nicht. Teile der an die Partei verschobenen Fraktionsgelder tauchen beispielsweise im Rechenwerk auf, andere wanderten in die schwarze Kasse.

Am vergangenen Donnerstag hatte die Affäre ihren ersten Toten: Wolfgang Hüllen, langjähriger Mitarbeiter der CDU-Fraktion mit Zuständigkeit für die Finanzen, wurde in seiner Berliner Wohnung erhängt aufgefunden. In einem seiner zwei Abschiedsbriefe soll er bekannt haben, aus der Kas-

* Am vergangenen Mittwoch in Frankfurt.

CDU-Parteichef Schäuble
„Wir sind mittendrin“

se Geld für sich entnommen zu haben – die aktuellen Nachforschungen der Wirtschaftsprüfer hatten ihn offenbar in Panik versetzt. Noch ist unklar, ob mehr als persönliche Bereicherung im Spiel ist – die Staatsanwaltschaft prüft den Verdacht auf Untreue.

Das rätselhafte Schweigen ihres Partei-Helden lässt die amtierende CDU-Spitze nur noch immer Schlimmeres ahnen und befürchten. Fast manisch beschwört Parteichef Wolfgang Schäuble weitere Entdeckungen und Enthüllungen, die auf die Christdemokraten noch zukommen: „Wir sind mittendrin“, sagte er vor der Fraktion am Todestag des Mitarbeiters, Presseberichte über Liechtenstein ließen Schlimmes befürchten. Schäubles letzter Versuch, seinen einstigen Ziehvater am vergangenen Dienstag unter vier Augen zum Reden zu bringen, scheiterte im offenen Streit (siehe Seite 30).

Auch ein anderer enger Vertrauter, der namenlos bleiben will, kam vergangene Woche bei Kohl nicht weiter. Wie eine Figur aus den Ritterromanen des 17. Jahrhunderts verhalte er sich mit seiner Ehrenwort-Sache, hielt der Freund dem Altbundeskanzler vor. Er beschädige nicht nur die Partei, sondern auch sich selbst. Kohl knapp: „Damit muss ich leben.“

Die Spender hätten doch das Wohl der CDU im Sinn gehabt, insistierte der Vertraute weiter, angesichts des Riesenschadens für die Partei müssten sie Kohl jetzt von seinem Ehrenwort entbinden. Kohl dunkel: „Das geht nicht.“

Warum, das erklärte er nicht. Auf die Warnung, nun würde ihm bald gar nichts mehr geglaubt und die Ehrenwort-Version als Schutzbehauptung abgetan, blaffte der Alte erst mal zurück: Der Vertraute rede ja schon wie alle anderen, die könnten sich auch nicht vorstellen, dass „alles ganz normal“ gelaufen sei. Dann aber argumentierte Kohl zum Erstaunen des Freundes

plötzlich ganz so, als stimme die Ehrenwort-Version doch nicht. Kohl wies ausdrücklich darauf hin, dass ihm ja nichts Strafbares vorgeworfen werde und er das Recht habe, sich nicht selbst zu belasten.

Wenn es aber jene ebenso großherzigen wie öffentlichkeitsscheuen Geldgeber, denen Kohl zu dankbarem Schweigen verpflichtet ist, gar nicht geben sollte – woher könnten die Millionen dann wohl stammen? Was steckt hinter der Ehre des Helmut Kohl? Lässt das hartnäckige Verbergen der Quellen darauf schließen, dass die Herkunft des Geldes eher schmierig und nicht ordentlich vorzeigbar ist?

Nicht nur die etwa zwei Millionen Mark an Barspenden, über die Kohl bisher berichtet hat, sind aufklärungsbedürftig. Ebenso unklar ist, wo die anfänglich acht Millionen Mark herkamen, die von der Hessen-CDU in der Schweiz angeblich so gewinnbringend angelegt wurden. Und auch für die nun entdeckten rund zehn Millionen Mark der Bundes-CDU fehlt die Quellenangabe.

* Rudolf Seiters, Joachim Hörster, Friedrich Merz am vergangenen Donnerstag im Bundestag in Berlin.



CDU-Generalsekretärin Merkel, Parteifreunde*: Jede Woche eine neue Katastrophe

Merkwürdig passend dazu gab es jedenfalls anderswo Millionenbeträge, über deren Verbleib derzeit noch immer die Staatsanwälte rätseln. 13 Millionen Mark waren verschwunden, als 1984 die alte Spendenwaschanlage der Konservativen, die „Staatsbürgerliche Vereinigung 1954 e. V.“ (SV) von den Ermittlern trocken gelegt wurde. Und mindestens 85 Millionen Mark soll ab 1993 die französische Firma Elf Aquitaine für den Deal mit der Raffinerie Leuna und den Minol-Tankstellen als Schmiergelder nach Deutschland gesandt haben, auch an Politiker.

Eine bemerkenswerte Kontinuität von Personen und Mechanismen der Verschleierung zieht sich von der alten Parteispendenpraxis, die als Flick-Affäre Geschichte machte, bis zu der laufenden Chronik der schwarzen Kassen.

Die SV haben Bundeskanzler Konrad Adenauer, sein Bankiersfreund Robert Pferdmenges und der damalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Fritz Berg 1954 erdacht. Die drei wollten die bürgerlichen Parteien begünstigen – und den Kommunismus abwehren, denn das geteilte Deutschland war Front-

FOTOS (V. LI.): S. HUSCH / TERZ; GOROVENKO / IP-PHOTO; MROZKOWSKI; P. JÜLICH / IP-PHOTO; F. ROLLE / BILD ZEITUNG

FAHNDER BESCHLAGNAHMEN VERGANGENE WOCHEN UNTERLAGEN DER CDU



Durchsuchung der Landesgeschäftsstelle Hessen in Wiesbaden am 18. Januar



Sicherstellung von Akten im Keller des Wirtschaftsprüfers Horst Weyrauch am 18. Januar



Fahnder vor der Berliner Mietwohnung des Fraktionsfinanzexperten Wolfgang Hüllen am 21. Januar

land im Kalten Krieg und die Angst vor Pankow, wie die DDR damals vorzugsweise hieß, – und der SPD – in besseren Kreisen weit verbreitet.

Die SV funktionierte nach einem einfachen, aber effektiven Prinzip: Unternehmer und Verbände zahlten Beiträge an den Verein, der leitete das Geld nach Abzug von zehn Prozent Provision als Spende an die CDU, aber auch an die FDP weiter.

Der Vorteil: Die Abführungen an die SV waren, anders als Spenden an politische Parteien, nicht veröffentlichungspflichtig. Und damit wurde die Spur der Geldgeber unauffällig verwischt.

Spätestens seit 1958 war das Treiben der Spendensammler illegal. Das Bundesverfassungsgericht erklärte die progressive steuerliche Abzugsfähigkeit von Parteispenden für verfassungswidrig. Die staatliche Förderung solcher Spenden von Großverdienern und Unternehmern widerspreche dem Grundsatz der Chancengleichheit, weil sie überproportional jene Parteien begünstige, die der Industrie besonders nahe stünden.

Deshalb verboten die Richter zunächst die steuerliche Begünstigung von Parteispenden. Abzugsfähig war fortan nur noch die Verwendung für allgemein staatspolitische Zwecke.

Dieser höchstrichterliche Spruch brachte das Geschäft mit den Waschanlagen erst richtig in Schwung: Die SV änderte ihre Vereinssatzung und widmete sich von nun an der Heranbildung „junger Menschen für staatspolitische Aufgaben“. Dadurch erhielten CDU/CSU und FDP allein aus den SV-Kassen in den Jahren 1969 bis 1980 insgesamt etwa 214 Millionen Mark. Dem Fiskus entgingen auf diese Weise schätzungsweise mehr als 100 Millionen Mark, weil die Spenden weiterhin voll von der Steuerschuld abgezogen wurden.

Nur die Methoden der Vertuschung wurden der neuen Rechtslage angepasst und verfeinert. Um „offene schriftliche Zweckbestimmungen vor Uneingeweihten zu verbergen“ (SV-Anweisung), wurden sämtliche Zahlungsvorgänge mit Codeworten verschlüsselt. „GR I BG“ war das Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, „GR II“ die FDP, fanden später die Staatsanwälte

Auszüge aus dem Stiftungs-Register des Liechtensteiner Treuhänders Herbert Batliner

REGLEMENT der TENIRA STIFTUNG, Vaduz

Der unterzeichnete Stiftungsrat erlässt hiermit für die **TENIRA STIFTUNG**, Vaduz, gestützt auf ihre Statuten folgendes Reglement:

Art. 1: Herr Dr. **Uwe Luthje** und Frau **Doris Luthje**, wohnhaft in D-5205 Sankt Augustin 1 b. Bonn, Kuckuckweg 38, stehen zu ihren Lebzeiten alle Rechte am Stiftungsvermögen und dessen Ertrag allein zu.

Art. 2: Im Falle des Ablebens von Herrn Dr. **Uwe Luthje** und Frau **Doris Luthje** treten deren Söhne – **Boy-Christian Luthje** – **Thomas Luthje** je zu gleichen Teilen in deren Rechte ein.

Nach Ablauf von drei Jahren nach dem letztverstorbenen Begünstigten gemäss Art. 1 soll sodann die Stiftung aufgelöst und das dann vorhandene Vermögen auf die beiden vorgenannten Söhne oder deren Rechtsnachfolger zu gleichen Teilen aufgeteilt und in bar ohne Hinweis auf die TENIRA Stiftung und ohne Offenbarung über die Herkunft der Gelder ausbezahlt werden. In diesem Fall soll Herr **Thomas Luthje** c/o Hauck Banquiers in Luxembourg kontaktiert werden.

Vaduz, 10. Juli 1989 HG/dw

Uwe Luthje: Neben Horst Weyrauch über Jahrzehnte der wichtigste Spendenhelfer von Helmut Kohl

REGLEMENT der STIFTUNG ALMA-MATER, Vaduz

Der unterzeichnete Stiftungsrat erlässt hiermit für die **STIFTUNG ALMA-MATER**, gestützt auf die Statuten, folgendes Reglement:

Art. 1: Frau **Christa Buwert**, deutsche Staatsangehörige, wohnhaft in Hillerstrasse 59, D-5000 Köln 41, ist zeitlebens einzige Begünstigte an Kapital und Erträgen der STIFTUNG ALMA-MATER, Vaduz (incl. Riverside Hills Investment Inc., Panama).

...

Vaduz, den 4. Juli 1990 PRO/gpi

Es wird bestätigt, dass die Akten der STIFTUNG ALMA-MATER mit Sitz in VADUZ hieramts hinterlegt sind und die Herren Prof. Dr. Dr. **Herbert Batliner**, Rechtsanwalt, Aeulestrasse 74, 9490 Vaduz, mit Einzelzeichnungsrecht, **Hans Gassner**, Rechtsagent, Aeulestrasse 74, 9490 Vaduz, mit Einzelzeichnungsrecht als Stiftungsratsmitglieder aufscheinen und als solche die Stiftung gemäss den gesetzlichen Bestimmungen nach aussen vertreten.

Zum Repräsentanten wurde bestellt: PROKURATIONS-ANSTALT, Vaduz

Christa Buwert: Witwe von Hans Buwert, dem Präsidenten der „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e.V.“ (1954 bis 1985)

DER SPIEGEL

heraus, als sie wegen der illegalen Parteispenden die Geschäftsräume der SV durchsuchten. Hinter dem Kürzel „GR IV“ vermuteten sie eine schwarze Kasse.

Und schon damals bedienten sich die Spendensammler der bekannten Umwege über die Schweiz oder über das Fürstentum Liechtenstein. Von der SV flossen die Gelder nicht etwa direkt an die Parteien. Sie wurden erst auf den Konten obskurer Institute und Etablissements im Ausland geparkt und von dort, meist bar, in Koffern zu den Parteizentralen zurückgeschleust. Als Experte für die Umwegfinanzierung fungierte auch damals schon der Kohl-Vertraute Horst Weyrauch, bis zuletzt Kohls Mann für schwarze Konten und Kassen.

Zwischen 1969 und 1980 flossen insgesamt – nach einem Vermerk der Bonner Staatsanwaltschaft – 203,3 Millionen Mark

an die „Staatsbürgerliche Vereinigung“, 182,7 Millionen gingen davon in drei Liechtensteiner Gesellschaften, die ihre Konten bei der Schweizerischen Bankgesellschaft in Zürich unterhielten. Weitere zweistellige Millionenbeträge wurden über deutsche Kanäle diskret verteilt.

Schon damals nahm Kohl es mit der Wahrheit nicht so genau, wenn es um das liebe Spendengeld ging. Als die illegale Praxis schließlich dank der Hartnäckigkeit des Steuerfahnders Klaus Förster aufgeflogen war, entkam Kohl 1986 nur mit knapper Not der Anklage wegen uneidlicher Falschaussage. Otto Schily, damals noch Abgeordneter der Grünen und Obmann im Flick-Untersuchungsausschuss, hatte Kohl angezeigt, nachdem der vor einem Mainzer Untersuchungsausschuss behauptet hatte, den eigentlichen Zweck der „Staatsbürgerlichen Vereinigung“ nicht gekannt zu haben.

Das war, wie sich anhand der Akten und aus Zeugenaussagen rekonstruieren ließ, die reine Unwahrheit. Nur die schlaue Rabulistik seines Verteidigers Hans Dahs, der Kohl dringlich riet, sich auf ein Missverständnis hinauszureden, bewahrte den Kanzler vor der Gerichtsverhandlung. Der damalige Generalsekretär Geißler verteidigte Kohl daraufhin mit dem berühmt gewordenen Satz, der Kanzler habe einen „Black-out“ gehabt. Es sei nicht nachweisbar, dass Kohl „vorsätzlich“ gelogen habe, befanden die Staatsanwälte – und schlossen die Akte.

Als die „Staatsbürgerliche Vereinigung“ im Zuge der Gerichtsverfahren zur Flick-



Sichergestellte Akten vor dem Büro des hessischen Ex-Schatzmeisters Prinz Wittgenstein am 18. Januar



Konfiszierte Akten von Parteimitarbeiter Hans Terlinden in Mainz am 18. Januar

Affäre praktisch außer Dienst gestellt wurde und in die Obhut eines vom Amtsgericht Köln bestellten Rechtspflegers übergang, waren etliche Millionen Mark unauffindbar. Die Spuren des Geldes verloren sich in Zürich und Vaduz.

Der Fluss des Geldes teilte sich möglicherweise in zwei Seitenarme auf. Auf den diversen Abschlusskonten der Vereinigung müssen nach Berechnungen des früheren SV-Rechtsanwalts, des Kölners Günther Felix, noch 13 Millionen Mark „vagabundiert“ haben. 6 Millionen lagen allein noch auf verschiedenen deutschen Festgeldkonten bei Abschluss der SV-Bilanzen, 2 Millionen ließen sich auf den Zürcher Konten der drei Liechtensteiner Alt-Stiftungen aufspüren. Doch wer sich ihrer bemächtigt hat, blieb für Felix immer ein Rätsel. Der Anwalt starb 1997, kurz vor geplanten Erkundungsreisen in die Schweiz und nach Liechtenstein.

Die andere Geldspur führt womöglich zu einer Liechtensteiner Stiftung beim Treuhänder Herbert Batliner. Die „Alma-Mater“, die nährenden Mutter, lautet auf den Namen Christa Buwert, der Witwe des verstorbenen SV-Geschäftsführers Hans Buwert. Die Witwe sagt beharrlich, sie wisse nichts von einer Stiftung und habe von den Tätigkeiten ihres Mannes in Liechtenstein „keine intimen Kenntnisse“ gehabt.

Die Tätigkeiten Buwerts waren enorm: Er behielt von den Spenden seinerzeit jeweils zehn Prozent ein – etwa die Hälfte davon will er für Seminare und Veranstaltungen

ausgegeben haben, die andere Hälfte nannte er „Transferkosten“, also Provisionen. Im Lauf der Jahrzehnte müssen mindestens zehn Millionen Mark zusammengekommen sein.

Wohin Buwert sie überwies, weiß bis heute niemand genau. Auffällig ist jedoch, dass es sich bei der Alma-Mater laut Unterlagen aus dem Büro Batliner um eine raffinierte Stiftungsstruktur handelt – sie hat eine Unterstiftung in Panama, die „Riverside Hills Investment Inc.“.

Begünstigt werden sollen nach dem Tod der Stiftungsinhaberin nicht allein die Familienmitglieder Buwerts. Auch der Treuhänder Batliner sowie sein Sozius Hans Gassner sollen in den Genuss von jeweils „fünf Prozent vom gesamten Vermögen der Stiftung Alma-Mater, incl. Riverside Hills Investment Inc., Panama“ kommen.

Von weiteren fünf Prozent soll auch Edgar Stallmeyer in Leverkusen erhalten. Er war seinerzeit der Wirtschaftsprüfer der Staatsbürgerlichen Vereinigung und – laut einem Urteil des Düsseldorfer Landgerichts von 1991 – damit beauftragt, die wichtigen Kontakte zu den richtigen Leuten in der Schweiz zu pflegen. Heute schweigt er beharrlich.

Der nach dem Tod von Felix mit der Nachlassverwaltung der SV beauftragte Anwalt Wolfgang Arndt reiste 1998 ebenfalls auf der Suche nach den verschwundenen Millionen nach Zürich und Liechtenstein, fand aber nichts. Der Aktendeckel des Verfahrens 54 VIII 4703/90 wurde ge-

schlossen. Die Akte könne allerdings wieder geöffnet werden, so der Kölner Gerichtssprecher Heinz-Georg Schwitanski, wenn „ernst zu nehmende Hinweise kommen“, wo das Geld gebunkert sei.

Es steht nämlich möglicherweise dem Staat zu und wäre unrechtmäßig in die Hände der CDU-Kassenwarte geraten, wenn denn die schwarzen Konten der Partei in der Schweiz nachweislich aus dem Erbe des alten Spendenvereins stammen.

Der Kanzler selbst pflegte jedenfalls seit den achtziger Jahren freundschaftlichen Kontakt zu dem hilfreichen Treuhänder Batliner. Im Januar 1993 durfte der Liechtensteiner in Bonn bei einer Benefizveranstaltung unter dem Motto „Alles Kohl“ am Tisch neben dem großen Vorsitzenden Platz nehmen. Mit einem Scheck für die karitative Stiftung der Kanzler-Gemahlin in Höhe von 50 000 Mark bedankte sich Batliner anschließend für die erwiesene Ehre. Kohl reiste seinerseits des Öfteren zum Wandern und zu Geburtstagsfeiern von Batliner nach Vaduz – auch der alte Gönner Friedrich Karl Flick war dabei.

In der Treuhänder-Kanzlei, versichern jedoch Mitarbeiter von Batliner, sei Kohl nie „offiziell“ gewesen – „möglicherweise hat Herr Batliner dort aber einmal dem Herrn Kohl seine Gemäldesammlung gezeigt“.

Der mit dem Spendenwaschsystem wohl vertraute Luthje, Generalbevollmächtigter des Schatzmeisters Walther Leisler Kiep, nutzte dagegen direkt die Treuhänder-Dienste des Kohl-Freundes und gründete

DIE GELDWASCHANLAGE DER KONSERVATIVEN

Mehr als 200 Millionen Mark Spendengelder aus Wirtschaft und Industrie spülte die „Staatsbürgerliche Vereinigung“ (SV) zwischen 1969 und 1980 über den Umweg Schweiz und Liechtenstein in die Kassen von CDU/CSU und FDP. Sie war in der Ära Adenauer zur

Unterstützung der bürgerlichen Parteien gegründet worden. Helmut Kohl gehörte zu den Profiteuren. Später erklärte er Erinnerungslücken vor dem Mainzer Untersuchungsausschuss mit einem Missverständnis und entging so einer Bestrafung. Damals wurde das Bargeld in Koffern transportiert – eine Tradition, die sich bis heute gehalten hat.



Kanzler Konrad Adenauer mit Industrieverbands-Präsident und SV-Gründer Fritz Berg (1956)



Bundeskanzler Helmut Kohl als Zeuge vor dem Flick-Parteispenden-Untersuchungsausschuss (1984)



Klingelschild der Kölner Geschäftsstelle der Staatsbürgerlichen Vereinigung, ehemaliges Domizil der Staatsbürgerlichen Vereinigung in der Koblenzer Stegemannstraße



FOTOS (V. LI.): KEYSTONE; J. H. DARCHINGER (O.); F. DARCHINGER (U.); FREYPRESSBILD



Berliner Untersuchungsausschuss*: Mechanismen der Verschleierung

am 10. Juli 1989 dort eine Stiftung „Tenira“. Der Zweck der Gründung ist dunkel.

Lüthje will von der Tenira nie etwas gehört haben. Im Reglement der Stiftung sind allerdings seine Söhne als Erben eingesetzt. Die Abwicklung sollte in aller Stille, „ohne Offenbarung über die Herkunft der Gelder“, über die „Hauck Banquiers“ in Luxemburg erfolgen. Schon 1992 aber wurde die Tenira wieder gelöscht – ohne Hinweis auf den Abschluss der Konten und den Transfer des Geldes.

Die Kontinuität von Akteuren und Methoden spricht jedenfalls dafür, dass die SV-Gelder im Einflussbereich der CDU geblieben sind. Möglich, dass sich die Hessen-Millionen, die Casimir Prinz zu Sayn-Wittgenstein so vortrefflich in der Schweiz mehrte, daraus speisten; oder dass die nun aufgetauchten Millionen der Bundes-CDU dort ihre Quelle haben und auch Kohls anonyme Spender schlicht den Namen „Staatsbürgerliche Vereinigung“ tragen.

Auffällig oft war der CDU-Steuerberater Weyrauch jedenfalls auch lange nach dem Ende der SV-Finanzierung in der Schweiz gewesen. Bei einer Durchsuchung seiner Kanzlei im November beschlagnahmte die Augsburger Staatsanwaltschaft zahlreiche Reisekostenabrechnungen mit dem Ziel Zürich. Daraus ergibt sich, dass der Finanz-Transaktionist nicht

nur für die CDU-Hessen auf Kontenfahrt ging, sondern auch für die Bundespartei, dafür sprechen die Belege zu Lasten der CDU Bonn.

Der Steuerberater täuschte bei seiner Vernehmung im November Erinnerungslücken vor. Selbst auf den Vorhalt, er sei doch „zum Teil wöchentlich“ in der Schweiz gewesen, beharrte Weyrauch: „Der genaue Grund ist mir nicht mehr in Erinnerung.“

Seit Manfred Kanthers Geständnis am vorletzten Freitag ist der Grund für die Reisen im Auftrag der Hessen klar: Sie galten der Pflege des Schwarzgeldbestandes und der trickreichen Inszenierung der Rückflüsse via Vermächtnis, via Darlehen oder auch, wie Hessens Ministerpräsident Roland Koch vergangene Woche

einräumen musste, durch Begleichung von Rechnungen (siehe Seite 33).

Wenn also der hessische Sonderweg so problemlos über Jahre funktionierte, warum soll Weyrauch dann sein Erfolgsmodell nicht auch für seinen Hauptarbeitgeber, die CDU Helmut Kohls, angewandt haben? Das Geld, wenn es denn jene 13 Millionen sind, die nach der Liquidation der „Staatsbürgerlichen Vereinigung“ vorerst spurlos verschwanden, lag ja ohnehin zum größten Teil in der Schweiz.

Auch die CDU-Rechenschaftsberichte der Jahre 1989 bis 1991 legen das nahe. Zweimal verbuchte Hessen, dreimal die Mutterpartei unter der inzwischen berüchtigten Rubrik „sonstige Einnahmen“ Millionen-Summen. Just zu dieser Zeit

wurden, 1,2 Milliarden Mark bei zahlreichen Geschäften auf mehreren Kontinenten auf die Seite gebracht zu haben. Eine Spur führte auch nach Leuna. Zwischen 1992 und 1993 wurden bei dem deutsch-französischen Prestigeobjekt knapp 256 Millionen Francs – 74 Millionen Mark – und weitere 13 Millionen Mark über Briefkastenfirmen in die Schweiz und nach Liechtenstein verschoben.

Inzwischen sind dutzende Rechtshilfeersuchen zwischen Frankreich, Deutschland, der Schweiz und Liechtenstein ergangen. Eines davon, von der Staatsanwaltschaft Genf an die Kollegen in Augsburg gerichtet, wurde vergangene Woche bekannt. Darin wird der deutsche Geschäftsmann Dieter Holzer erstmals als Beschuldigter genannt, gemeinsam mit ehemaligen Elf-Managern. Der in Monaco ansässige Unternehmer, der aus Saarbrücken stammt, gilt seit Jahren als zentrale Figur in der Leuna-Affäre und den undurchsichtigen Geldströmen. Wann immer der Deal um die Raffinerie in Schwierigkeiten geriet, trat der Lobbyist Holzer diskret für die Franzosen bei Bonner Ministerien und im Bundeskanzleramt in Aktion.

Der Vorwurf der Ermittlungsrichter lautet auf „Betrug, Urkundenfälschung und Geldwäscherei“. Für seine Dienste erhielt Holzer 1993 von dem französischen Mineralölkonzern 50 Millionen Mark. Einen Teil der Gelder soll er allerdings an andere Beteiligte weitergeleitet haben, mutmaßen die Ermittler, und damit als Strohhmann „der wirklichen Anspruchsberechtigten“ gedient haben.

Das Rechtshilfeersuchen der Genfer bekommt eine neue politische Dimension. Denn die Schweizer schließen nicht aus, dass der Fluss der Gelder „letzten Endes



Fraktionsbuchhalter Hüllen

* Vorsitzender Volker Neumann (SPD), Stellvertreter Hans-Peter Friedrich (CSU) am vorigen Donnerstag bei der ersten Sitzung.

einen Zusammenhang mit Abläufen hat, die der öffentlichen Bestechung unterliegen, zumal Herr Dieter Holzer zu anderen Helfershelfern Beziehungen gepflegt hat, namentlich zu Herrn Walther Leisler Kiep, ehemaliger Finanzminister Niedersachsen, Herrn Günter Krause, ehemaliger Verkehrsminister, Herrn Ludwig Holger Pfahls, Herrn Münch, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Herrn Bohl, Herrn Carstens“. Friedrich Bohl war damals Kanzleramtschef bei Kohl, während der CDU-Mann Manfred Carstens als Staatssekretär im Finanzministerium diente.

Zusätzlich bitten die Schweizer ihre Augsburger Amtskollegen, die frühere Parlamentarische Staatssekretärin auf der Hardthöhe, Agnes Hürland-Büning, einzuvernehmen.

Kohl hatte nach der Wende den Erhalt des Chemie-Dreiecks Schkopau, Leuna und Böhlen versprochen. Für die maroden Anlagen fand sich nur schwer ein Interessent. Den Zuschlag für den Bau einer Raffinerie in Leuna erhielt schließlich 1992 der französische Staatskonzern Elf Aquitaine.

Im Januar des Jahres verpflichteten sich Elf und sein deutscher Partner Thyssen in einem Vorvertrag, für 4,8 Milliarden Mark eine neue Raffinerie in Leuna zu bauen, im Gegenzug erhielten die Franzosen das Tankstellennetz Minol. Im Hintergrund entbrannte ein erbitterter Millionenschacher um Preisnachlässe, Sonderkonditionen und Staatsbürgschaften.

Der ehemalige Elf-Manager Alfred Sirven, bis 1993 die gefürchtete graue Eminenz des Konzerns mit Geheimdienstvergangenheit und heute von Interpol gesucht, beauftragte den französischen Geschäftsmann Pierre Lethier, bei der Verwirklichung des Projekts zu helfen. Der ehemalige Leiter des Direktorenbüros des französischen Geheimdienstes warb im Frühjahr 1992 Holzer als Vermittler für Elf.

In einem Vertrag mit der Liechtensteiner Holzer-Firma Delta International Establishment versprach Lethier im Erfolgsfall ein Honorar von einem Prozent der Investitionssumme für das Leuna-Projekt.

Am 24. Dezember 1992 gingen die Kommissionen an zu sprudeln. An diesem Tag überwies Elf 256 Millionen Francs an die Liechtensteiner Briefkastenfirma Nobleplac. Nur wenige Stunden später wurde das Geld in zwei Tranchen aufgeteilt und

weitergeleitet: 220 Millionen Francs – 64 Millionen Mark – gingen an die Stand-by Establishment in Liechtenstein und 36 Millionen Francs – 10 Millionen Mark – an die in London gegründete Showfast Limited. Die Treuhänder der Stand-by, Wolfgang und Werner Strub, betreuen auch die Delta International. Hinter beiden Briefkastenfirmen stand Lethier. Letztendlich landeten 160 Millionen Francs – 46 Millionen Mark – auf einem Holzer-Konto, der Rest ging an eine Liechtensteiner Stiftung Lethiers.

Bei Vernehmungen beteuerten Holzer und Lethier im Mai vergangenen Jahres, sie könnten belegen, dass die Gelder bei ihnen geblieben seien. Doch auf Grund einer „umfangreichen Sammlung von Bankunterlagen“ glaubt der Genfer Ermittlungsrichter Paul Perraudin, dass Teile der Gelder möglicherweise auch weitergereicht wurden.



Christdemokrat Kohl, Karnevalisten*: Bröselndes Denkmal

Vergangene Woche entsprach das Fürstentum Liechtenstein der Bitte der Genfer Staatsanwaltschaft und sperrte mehrere Konten von drei Firmen. Noch nie zuvor fand sich der als Alpensafe bekannte Zwergstaat zu einem vergleichbaren Schritt bereit. Unter den vorübergehend stillgelegten Konten soll sich Holzers Liechtensteiner Unternehmen Delta International ebenso befinden wie ein Konto bei der Verwaltungs- und Privatbank, über das die Treuhänder Strub mehr als 200 Millionen Francs – 58 Millionen Mark – betreuen sollen.

* Am vorigen Dienstag in Berlin bei der Übergabe des Kitzinger „Schlappmaulordens“.

Holzer ist offenbar ein Profi mit vielen guten alten Bekannten. Kiep, der den Saarländer seit langem kennt, bemühte sich mehrfach, ein Scheitern des Leuna-Vorhabens zu vermeiden. Holzers Freund Pfahls, der ehemalige Verteidigungsstaatssekretär, der inzwischen in Südostasien untergetaucht sein soll, saß am 10. Juni 1992 in Bonn mit am Tisch, als im Bonner Kanzleramt Bohl mit dem damaligen Elf-Präsidenten über Investitionszulagen sprach. In seiner Villa in Südfrankreich beherbergte Holzer im selben Jahr den Verkehrsminister Krause, der für die Lex Minol verantwortlich war. Mit dabei: wieder mal Pfahls und der Verhandlungsführer der Franzosen.

Mit Agnes Hürland-Büning, die die Schweizer gern vernehmen wollen, hatte Holzers Delta International bereits im April 1991 einen Beratungsvertrag abgeschlossen. Die mütterliche Beraterin erhielt tatsächlich Honorare von Elf und Thyssen, dem Partner bei Leuna. Dem Wunsch der Schweizer Ermittler will die Dame tatsächlich nachkommen. „Sie wird nach Genf fahren und aussagen“, bestätigte Tochter Susanne dem SPIEGEL. Für die Reisekosten will die Genfer Staatsanwaltschaft aufkommen.

Im undurchsichtigen Geflecht der Finanzen und Skandale tauchen fast jeden Tag neue Gerüchte und Verdächtigungen auf. Geht es bei den Schweizer Ermittlungen nur um Leuna, oder glauben die Ermittlungsrichter, einem Finanzierungs- und Geldverschiebesystem auf die Spur gekommen zu sein? Aus dem Umfeld der Ermittlungen ist zu hören, dass Perraudin seit Wochen an einer neuen Theorie arbeite.

Manches, was noch vor Wochen als wilde Spekulation galt, verdichtet sich inzwischen zu Tatsachen. Der ehemalige sachsen-anhaltinische Ministerpräsident Werner Münch, der sich als „Raffke“ tief ins Gedächtnis der Ostdeutschen eingrub, spielt in dem Leuna-Deal offenbar eine zwielichtige Rolle. Plötzlich erinnern sich Weggefährten von damals, wie der geschasste Landesvater im März 1995 drohte, ein vorerst rein privat verfasstes Buch auf der Grundlage seiner Tagebuchaufzeichnungen, Leuna inklusive, zu veröffentlichen.

Münch träumte von einem üppig dotierten Uno-Job in Montevideo. Später machte Kohls einstiger Leuna-Beauftragter Johannes Ludewig, damals Bahn-Chef, Münch zum Bahn-Repräsentanten in Brüssel mit fürstlichem Gehalt und wolkiger Arbeitsplatzbeschreibung.

Die Fürsorge mag Gründe haben. Seit er 1993 seinen Job in Magdeburg beendete, fehlen auch wesentliche Leuna-Elf-Akten des Landes. Als die Mitarbeiter von SPD-Ministerpräsident Reinhard Höppner sich in den letzten Tagen auf die Suche nach Unterlagen über die Leuna-Geschäfte der Münch-Regierung machten, wurden sie nicht fündig. Lediglich vier Ordner fanden sie im entsprechenden Referat in der Staats-



Deutsch-französisches Prestigeobjekt Raffinerie Leuna

MILLIONEN FÜR DIE CDU?

Die ostdeutsche Raffinerie Leuna soll eine Quelle für Schmiergelder sein. Knapp 100 Millionen Mark sollen 1993 nach Ansicht von Schweizer Staatsanwälten bei der Übernahme der Raffinerie durch den französischen Mineralölkonzern Elf Aquitaine an Provisionen geflossen sein, ein Teil unter Mithilfe des Kaufmanns Dieter Holzer auch an CDU-Politiker. Die Verdächtigten bestreiten das vehement.



Friedrich Bohl (damals Kanzleramtsminister)



Ex-Ministerpräsident Münch



Ex-Verkehrsminister Krause



Ex-Finanzstaatssekretär Carstens



Ex-Staatssekretäre Pfahls, Hürland-Büning

FOTOS: AP (o. li.); M. URBAN (o. re.); u. Reihe v. li.: AP (2); H. REISS / ACTION PRESS; M. DARCHINGER

kanzlei – ohne einen einzigen Aktenvermerk über den Leuna-Deal mit Elf.

Münch reagierte dünnhäutig, als vorige Woche ruchbar wurde, dass Genfer Staatsanwälte ihn verdächtigen. Er sei in die Entscheidung über den Verkauf der Raffinerie und des DDR-Tankstellennetzes Minol „überhaupt nicht eingebunden“ gewesen. Höppners Ministeriale können das kaum glauben. Bislang habe Münch die Standortssicherung immer als Erfolg seiner Regierung verkauft.

Längst sind nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die unbekannten Quellen des christdemokratischen Geldflusses zu ergründen. Manche sind juristisch und moralisch fragwürdig. So lagern in der Gauck-Behörde zehntausende sauberlich getippte Protokolle abgehörter Telefonate. Fast jeder prominente Politiker war unter den Belesuchten, der Kanzler und Parteichef der CDU sowieso. Auch Ex-Schatzmeister Kiep stand unter Beobachtung, weil sich die DDR für „finanzielle Zuwendungen von Firmen für die CDU“ interessierte. So steht es im geheimen „Zielkontrollauftrag“.

Etliche Protokolle der abgehörten Kiepsprache sind erhalten, so ein Telefonat mit dem damaligen CDU-Fraktionschef Rainer Barzel. Der bat Kiep am 23. Januar 1976 um eine Gabe für den Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), der „in

Paderborn einen großen Sieg errungen“ habe. Schon damals war die Rede von Geld „aus unserem Topf“, das verteilt werden sollte, „ohne dass wir groß darüber reden“.

Inzwischen denkt aber auch die CDU darüber nach, wie sie den schweisgsamen Ex-Ehrenvorsitzenden zur Offenbarung seiner Spenden-Quellen zwingen kann. Ex-Generalsekretär Geißler kennt den juristischen Weg: Kohl war „Vorsitzender eines nicht eingetragenen Vereins“ – ein solcher ist eine Partei vor dem Gesetz. Vorstandsmitglieder haben nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch jedoch eine „Auskunfts- und Rechenschaftspflicht“. Damit, so der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Ernst Benda (CDU), ist Kohl „zur Auskunftserteilung über alle relevanten Vorgänge verpflichtet“.

Das Verlangen nach Wahrheit und Klarheit kann per Zivilprozess durchgesetzt werden. Weigert sich der Vorsitzende des christdemokratischen Vereins, drohen ihm Zwangsgeld bis zu 50 000 Mark oder Beugehaft bis zu sechs Monaten.

Kohl-Vertraute erwarten, dass sich der Ex-Parteichef schon für eine juristische Auseinandersetzung mit der CDU bereit macht. Kohl erwäge sogar rechtliche Schritte gegen Merkel und Schäuble, zum Beispiel weil diese seine Spenden-Technik mit Methoden der Geldwäsche verglichen hätten. Seine Verteidigung konsultiert anse-

hene Rechtsprofessoren, um das Argument der Partei zu widerlegen, sein Schweigen schade der CDU auch finanziell.

Für die Union geht es nicht nur politisch, sondern auch finanziell ums Überleben. Im Falle einer „hinreichend gravierenden Verletzung der Rechenschaftspflicht“ sei „die Frage zu prüfen“, ob für die CDU nicht überhaupt das Recht auf Staatszuschüsse „nachträglich wegfallen“, heißt es in einem Gutachten der Bundestagsexperten. Rückzahlungen von bis zu 400 Millionen Mark, meint Parteifinanz-Professor Martin Morlok, sind dann theoretisch denkbar. Spekulationen im Bundestagspräsidium gehen eher in Richtung von 30 bis 40 Millionen Mark.

Damit wären die hübschen Millionen aus den wundersamen Geldaktionen über die Schweizer und Liechtensteiner Kassen wohl wirklich weg. Der CDU bliebe wohl nichts anderes übrig als jedem gewöhnlichen Bürger, der sein Geld verjubelt hat und dem die Bank das kleine Häuschen pfändet. Die Immobilie der CDU ist immerhin etwas größer: Die neue Berliner Parteizentrale am Tiergarten kostete 60 Millionen Mark.

GEORG BÖNISCH, MARKUS DETTMER, TINA HILDEBRANDT, WOLFGANG KRACH, GEORG MASCOLO, HARTMUT PALMER, HEINER SCHIMMÖLLER, MICHAEL SCHMIDT-KLINGENBERG, SYLVIA SCHREIBER, HAJO SCHUMACHER